

Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



Infobrief aus Straßburg 11. - 14. Juni 2012

Hohe Vertreterin Ashton zu Menschenrechten in der Welt

Am Mittwoch war die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton zu einer Aussprache vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Bei dem außen- und sicherheitspolitischen Austausch standen die Lage in Syrien und Afghanistan sowie die Vorstellung des EU-Jahresberichts zur Lage der Menschenrechte als auch die Forderung des Europäischen Parlaments zur Einrichtung eines EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte im Blickpunkt der Debatte. Lady Ashton betonte den besonderen Stellenwert der Menschenrechte in der Europäischen Union und warb dafür, dass die EU sich weiterhin unablässig für deren weltweite Umsetzung stark macht. Momentan verhandelt die EU ein Partnerschaftsabkommen mit Afghanistan, welches zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung und zum Aufbau einer Zivilpolizei beitragen soll. Als langjähriges Mitglied in der Zentralasiendelegation kenne ich Afghanistans Nachbarn nach mehreren Wahlbeobachtermissionen und Delegationsreisen sehr gut und erachte daher diese Bemühungen als äußerst wichtig. Denn nur so kann auf lange Sicht Stabilität und Frieden im Land selbst sowie in der gesamten Region erreicht werden. Mehr Informationen dazu finden sie [hier](#).



Bildquelle: Europäisches Parlament

Elisabeth Jeggle MdEP
Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroegggle.de

In der Plenardebatte bekräftigte ich als Rednerin der EVP-Fraktion, dass sowohl die EU-Institutionen als auch die Mitgliedstaaten zur Sicherung der Menschenrechte in der Welt mit einer Stimme sprechen. Gerade aus diesem Grunde fordere ich seit langem einen EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, der in einen intensiven Dialog mit lokalen, regionalen sowie

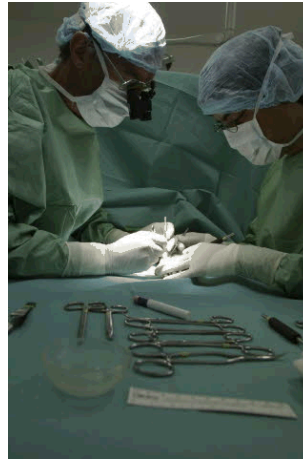
nationalen Vertretern tritt, um zählbare Ergebnisse direkt vor Ort zu erzielen.



Bildquelle: Privat

Lehren aus dem Skandal um fehlerhafte Brustimplantate

Die EU zieht aus dem Brustimplantat-Skandal Lehren und verabschiedete im Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments einstimmig eine entsprechende Resolution, die am Donnerstag im Plenum angenommen wurde. Dabei soll es nun strengere Kontrollen, Nachverfolgbarkeit in der Herstellung und ein spezielles Zulassungsverfahren geben. Einen Skandal wie jener, bei dem der französische Hersteller PIP Industriesilikon anstelle von Medizinsilikon verarbeitete und Frauen in der Folge mangelhafte Brustimplantate eingesetzt wurden, darf es in Zukunft nicht mehr geben. Bisher haben wir uns nur auf schriftliche Daten verlassen. Die EVP-Fraktion befürwortet, dass es in Zukunft jährlich unangemeldete Kontrollen in den Produktionsstätten sowie eine Nachverfolgbarkeit in der Herstellung der Implantate geben soll. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).



Bildquelle: Europäisches Parlament

EU-Handelsabkommen mit Japan sowie mit Kolumbien und Peru

In der Plenardebatte zum geplanten EU-Freihandelsabkommen mit Japan am Mittwoch äußerten die Abgeordneten gegenüber EU-Handelskommissar Karel de Gucht Bedenken, wonach für europäische Unternehmen auf dem japanischen



Bildquelle: Europäisches Parlament

Markt im Pharmaziebereich sowie im Eisenbahn- und Automobilsektor zu hohe Markthürden bestehen. Auch wenn im Vorfeld bereits bedeutende Fortschritte bei den Verhandlungen mit Japan erzielt werden konnten, sehe ich es im Moment noch kritisch, weitere Verhandlungen mit Japan einzugehen, da europäische Firmen nach wie vor nur

ungenügenden Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen haben. Die Abgeordneten

forderten den Rat auf, die Stellungnahme des Parlaments abzuwarten, bevor die heiße Phase der Verhandlungen beginnt. Auch ich unterstütze diese Haltung, denn von Handelsabkommen müssen beide Seiten profitieren können.

Weiter gediehen sind die Verhandlungen im Hinblick auf das Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru. In dieses Dokument wird nun eine Klausel zur Sicherung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten in den beiden lateinamerikanischen Ländern eingefügt, wofür ich als Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten sowie im Menschenrechtsausschuss seit zwei Jahren kämpfe. Von nun an wird die Zustimmung des Europäischen Parlaments bei allen künftigen Partnerschaftsabkommen mit Drittstaaten an Menschenrechtsauflagen geknüpft und für die gesamte Außenpolitik der Europäischen Union gelten. Klar ist auch, dass solche Abkommen immer eine Besserstellung beider Handelspartner bewirken müssen. Mehr Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

Herzliche Grüße,
Ihre Elisabeth Jeggler MdEP